Fraktionserklärung der AL-Fraktion

27. Mai 2020



Schule und Betreuung nach dem Lockdown

Morgen informieren Erziehungsdirektorenkonferenz und Bildungsdirektion, wie in den fünf Wochen bis zu den Sommerferien Unterricht und Betreuung in der Zürcher Volksschule stattfinden. Dann sind der Stadtrat und die Schulen am Zug.

In den letzten zehn Wochen haben die Schulen mit Fernunterricht und Präsenzunterricht in Halbklassen wichtige Erfahrungen gesammelt. Gezeigt hat sich insbesondere, dass im Halbklassenunterricht dank kleineren Gruppen und zusätzlich vorhandenen Ressourcen individuell und gezielt auf den Lernstand der Kinder eingegangen werden kann.

Ein mittleres Fiasko waren hingegen die Vorgaben des Stadtrats und des Schulamts zur Notfallbetreuung.

Die Stadt Zürich war bei der Anordnung der Schulschliessung in der komfortablen Lage, mit den bestehenden 15'000 Betreuungsplätzen vielen Haushalten mit Kindern Unterstützung anbieten zu können. Dank den in Horten und Tagesschulen arbeitenden Fachleuten hätte sich zudem die einmalige Chance geboten, in der Notfallbetreuung auch Schülerinnen und Schüler zu unterstützen, die in engen Verhältnissen leben und einen besonderen Förderbedarf haben.

Die Stadt hat diese Chance wegen dem von oben verordneten restriktiven Einsatz der Mittel und einer mehr als unglücklichen Kommunikation verpatzt.

Noch nachvollziehbar war, dass man in den ersten vier Wochen des Fernunterrichts vorsichtig war und nur drei Prozent der 15'000 Betreuungsplätze geöffnet hat. Unverständlich war allerdings schon damals, dass der Stadtrat die Schulen nicht offen aufforderte, Kinder von Familien, die in engen Verhältnissen leben und aus sprachlichen oder sozialen Gründen einen speziellen Förderbedarf haben, in die Notfallbetreuung zu integrieren. Wie so vieles ist auch der Umgang mit dieser Frage den Kreisschulpflegen und den einzelnen Schulen überlassen worden.

Vor Beginn des Präsenzunterrichts in Halbklassen schien es so, als hätten Stadtrat und Schulamt selber die Lehren gezogen. Angekündigt war, dass statt der bisher 500 Betreuungsplätze neu 5000 zur Verfügung stehen würden. Wegen einer mehr als unglücklichen Kommunikation musste die Mehrheit der Eltern aber davon ausgehen, dass sie sich in den nächsten vier Wochen weiterhin selbst organisieren würden. Wieder mussten die Kreisschulpflegen und die Schulen korrigierend eingreifen. Trotzdem sind von den zur Verfügung stehenden 5000 Betreuungsplätzen aktuell nur 2000 belegt.

Die AL erwartet, dass Stadtrat und Schulamt in den nächsten Tagen die Lehre aus diesen Fehlern ziehen und enger mit den Schulen zusammenarbeiten.

Für die Zukunft erscheint uns insbesondere wichtig, dass jetzt die Erfahrungen konsolidiert werden, die die Schulen in den letzten Wochen gemacht haben.

- 1. Investiert werden muss in integrative Unterrichtsmethoden und Schulmodelle, mit denen die Schulen zum Lern- und Lebensraum entwickelt werden.
- 2. Weiter zu fördern ist dabei die Zusammenarbeit von Schule und Betreuung.
- 3. Zudem gilt es, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit einem Tagesschulmodell zu fördern, das sich nicht auf ein gemeinsames Mittagessen beschränkt.
- 4. Ein erster Schritt zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf wäre die flächendeckende Einführung der heute schon an den Tagesschulen geltenden einheitlichen Schulprofile für die Familien.

Für Rückfragen: Patrick Maillard, 079 3946010